

Haushaltsrede 2007

Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen aus dem Rat, sehr verehrte Gäste!

Der Haushalt einer Kommune bildet sehr deutlich die Zukunftsplanung ab!

Er dokumentiert nicht nur die finanzielle Situation, sondern hält uns ganz real den Spiegel vors Gesicht. Er zeigt, wo wir stehen, woher wir gekommen sind und wohin es mit uns und den nachfolgenden Generationen gehen wird – und offensichtlich auch gehen soll.

Ich habe heute bereits zum 8. Mal das zweifelhafte Vergnügen, die Position der SPD-Fraktion in diesem Rat vortragen zu dürfen.

Zweifelhaft deshalb, weil fast alle wichtigen Anträge und Konzepte meiner Fraktion in der Vergangenheit an der Mehrheitsfraktion wie von einer Gummwand abgeprallt sind.

Als eins von vielen Beispielen zitiere ich einen Satz aus meiner Haushaltsrede aus dem Jahr 2002. Da fragte ich: „Müssen Heizkosten in Höhe von 300.000 € bis 2006 mit einem stetigen Anstieg von 5 % fortgeschrieben werden?“

Wir forderten damals bereits ein Gebäudebewirtschaftungs-konzept für alle städtischen Gebäude, das die Unterhaltungskosten, insbesondere die Energiekosten deutlich senken sollte.

Ergebnis bis heute:

Es ist nichts passiert! Die Ansätze wurden einfach Jahr für Jahr weiter erhöht, die Kosten stiegen sogar noch schneller als die Ansätze.

Heute (Abschluss 2006) liegen die Heizkosten bereits bei 500.000 € und was macht der BM?

Der BM legt uns trotzdem für 2007 einen Haushalt vor, in dem die Heizkosten bis 2011 wiederum pro Jahr um 5 % auf dann rund 700.000 € steigen.

Da sind Sie mit mir wahrscheinlich einig, wenn ich behaupte, dass verantwortliches Handeln so nicht aussehen kann.

Winston Churchill hat ein Mal gesagt: „ Man löst keine Probleme, indem man sie aufs Eis legt!“

Wie entscheidend ein entschlossenes Handeln sich gerade in Fragen der Energieversorgung auswirkt, zeigen eindeutige Zahlen.

Unsere Energiekosten (Heizung und Strom) für die städtischen Gebäude beliefen sich im Jahr 2000 bereits auf 500.000 €. Laut Haushaltplanentwurf werden sie in 2011 ca. 1.000.000 € betragen. Eine Steigerung um 100 % in gut 10 Jahren.

Wir hatten beantragt, Energiepreise alternativ abzufragen. Bis heute hat sich auch da nichts getan. Die Verwaltung sieht immer noch keine Veranlassung, günstigere Preise durch Ausschreibungen zu erzielen.

Wir haben heute den Antrag gestellt, die Heizkosten in den nächsten 5 Jahren um jeweils 10 % zu senken. Ein ehrgeiziges aber machbares Ziel, das uns bis 2011 insgesamt 1.500.000 € Einsparung gebracht hätte.

Leider war mit Ihnen von der CDU nur ein Kompromiss hinzukriegen, der die Energiekosten auf dem Stand von 2007 einfriert. Immerhin ein Anfang, aber für die Zukunft zu wenig.

Trotzdem muss sich der BM nun mit dem Thema befassen und die Verwaltung Einsparungsvorschläge unterbreiten.

Das werden wir in der Energiekommission ganz konkret einfordern.

Wenn wir Zukunft gestalten wollen, muss zuerst das finanzielle Fundament gegossen werden. Denn jedes Haus der Zukunft kann nicht nur geplant, gebaut und gestaltet, muss insbesondere auch finanziert werden.

Jeder von uns weiß das, und wer von uns bereits privat ein Haus gebaut hat, hat vermutlich nie anders gehandelt.

Wie sieht das aber hier bei uns im Rat der Stadt Waldbröl aus?

Unser Gesamtschuldenstand Ende 2006 beträgt: 26,5 Mio. €, der sich bis 2011, in nur fünf Jahren, auf fast 50 Mio. € aufblähen wird.

Wir fordern, und darauf zielen alle unsere zum Haushalt gestellten Anträge ab, ein Beenden der jährlichen Neuverschuldung und ein nachhaltiges Zurückführen unserer Verbindlichkeiten.

Dies können wir erreichen, indem wir deutliche Einsparungen im Haushalt vornehmen und zusätzliche Einnahmen realisieren!

Eine eingeplante, konkret nachlesbare, jährliche Neuverschuldung von mehr als 4 Mio. € können und werden wir nicht akzeptieren.

Wir können und wollen nicht verantworten, dass die Politik unserer Generation ihren Kindern Schulden in Höhe von 100.000.000 € und eine zerstörte Umwelt als Erbe hinterlässt.

Und wenn Sie, meine Damen und Herren der CDU, so weiter machen wie bisher, dann – und das lesen Sie aus Ihrem Haushalt ja zweifelsfrei raus – dann wird es so kommen.

Sie geben Geld aus für Ortstafeln, die völlig in Takt sind. Sie geben Geld aus für Straßenschilder, die man bei Nacht nur schwerlich lesen kann. Und zu solchen völlig überflüssigen Ausgaben gibt es im Haushalt viele Beispiele.

Uns ist auch nicht wohl in unserer Haut, wenn wir mit Ihnen immer wieder über neue Kreisverkehre reden müssen.

Die lösen unsere wirklichen Probleme nicht. Sie machen nur unseren Straßenverkehr, der ständig zunimmt und immer mehr CO² ausstößt, an einigen Stellen etwas flüssiger. Aber auch Kreisverkehre haben ihre Grenzen und irgendwann werden auch davor Staus stehen, wenn es uns nicht gelingt, den Straßenverkehr zu reduzieren und mehr Menschen mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahren zu lassen.

Das alles sind Investitionen in die falsche Richtung.

Das alles ist Geld, das Sie ausgeben wollen, das uns in Zukunft fehlen wird.

Ihnen ist das aber noch nicht genug: Sie wollen auch noch die einzige ökologisch wertvolle Verkehrsverbindung Waldbröls zerstören. Dafür lehnen Sie den für die Stadt **kostenlosen** Ausbau der Boxberger Brücke mit einer Durchfahrtsmöglichkeit für die Wiehltalbahn ab und kaufen die Strecke für eine halbe Million Euro aus dem Haushalt der Stadt, damit Sie sie abreißen können.

Sie geben damit sogar Geld aus, um die ökologische Entwicklung in der Stadt Waldbröl zu **verhindern**.

Diese Eisenbahnlinie, durch die die Straßen entlastet werden und die den CO²-Ausstoß verringern hilft, wird ehrenamtlich mit viel Engagement und mit hohem Verantwortungsbewusstsein gegenüber späteren Generationen betrieben und bald auch bis Waldbröl reaktiviert werden.

Trotzdem betreiben Sie, Herr BM, und Sie, meine Damen und Herren der CDU, den Abriss der Strecke.

Stürme wie zuletzt „Kyrill“ sollten Sie läutern, aber auch jetzt ist bei Ihnen noch keinerlei Einsicht erkennbar.

Sie müssten außerdem erkennen, dass auch der demographische Wandel eine geänderte, angepasste Infrastruktur braucht.

Familien und ältere Menschen werden nur in Waldbröl bleiben, wenn sie einerseits Arbeit haben und andererseits Lebensbedingungen vorfinden, in denen es Spaß macht zu leben.

Aber Sie zerstören diese Infrastruktur der Zukunft.

Ein unglaublicher Vorgang! Das ist ein geschichtliches Highlight.

Birgit Breuel hat einmal gesagt: „Wenn man in die falsche Richtung läuft, hat es keinen Zweck, das Tempo zu erhöhen.“

Darüber sollten Sie vielleicht mal nachdenken. Wenn man auf einen Abgrund zuläuft ist es besser, seinen eingeschlagenen Weg zu verlassen, bevor es zu spät ist.

Angela Merkel, unsere gemeinsame Kanzlerin, verdient da unseren Respekt. Sie hat sich, wie viele andere Politiker, mit dem Kernproblem unserer Zeit, mit dem Klimawandel und seinen Auswirkungen auf die Natur, den Menschen und die Weltwirtschaft beschäftigt.

Viele Politiker und Wissenschaftler haben Notwendigkeiten aufgezeigt, und Frau Merkel hat noch in der letzten Woche klare Ziele für Europa erstritten – Gratulation!

Wir haben in den vergangenen Jahren immer wieder für die politischen Rahmenbedingungen, für Ziele gekämpft, haben Ihnen Angebote gemacht, Konzepte und Einstiege dazu vorgeschlagen, aber rausgekommen ist wenig – Sie waren fast immer dagegen.

Immer dagegen – ohne eigene Wege aufzuzeigen. Das jedoch hätte in Ihrer Verantwortung gelegen und liegt auch heute noch in Ihrer Verantwortung! Aber da kommt immer noch nichts, - leider!

Der ökologische Wandel schafft Arbeitsplätze, aber nur dort, wo man sich ihm öffnet, ihm entgegen geht.

Bisher sagten Viele: Der Schutz unserer Umwelt kostet Arbeitsplätze.

Heute wissen wir: Umweltschutz schafft Arbeitsplätze, seit Jahren mehr als die Automobilindustrie.

Früher haben Viele gesagt: Der Schutz unserer Umwelt ist viel zu teuer.

Heute wissen wir: Wenn wir nicht jetzt handeln, wird es 20 x teurer.

In diesem Zusammenhang steht fest:

Unternehmen, die moderne, zukunftssichere Arbeitsplätze schaffen, werden sich nicht dort ansiedeln, wo Politiker die Zukunft abreißen, sondern dort, wo sie gestaltet wird.

Und wir bräuchten diese Unternehmen Hände ringend. Wir bauen jetzt wieder unser Industriegebiet aus. Wir investieren sehr viel Geld und hoffen darauf, dass wir die Flächen gut verkaufen und zusätzliche Arbeitsplätze schaffen können.

Wir würden uns Firmen wünschen, die den Mittelstand stärken und im Bereich der Erneuerbaren Energien ihren Schwerpunkt hätten. Das würde zusätzliche, sichere Arbeitsplätze schaffen.

Aber ob solche Firmen sich bei uns ansiedeln werden, ist mehr als fraglich.

Wenn nicht, dann wären auch die Investitionen in die Erweiterung des Industriegebietes in den Sand gesetzt und würden den Haushalt zusätzlich belasten.

Wirtschafts- und Ansiedlungspolitik läuft eben nicht von alleine, dafür muss man klare Angebote machen.

Umso mehr, wenn man sich unsere Waldbröler Eckdaten heute anschaut:

Die Gewerbesteuer lag in den 90er Jahren ein mal bei 7,5 Mio. €, heute bei weniger als der Hälfte, bei ca. 3,7 Mio. €.

Sie ist die niedrigste aller Oberbergischen Kommunen.

Wir zahlen in 2007 bereits über 1.000.000 € für unseren Schuldendienst. In 2011, in nur 5 Jahren, wird diese Belastung auf über 1.500.000 € angestiegen sein. Geld, das jedes Jahr an die Banken fließt und doch für intelligente Investitionen bitter nötig gebraucht würde.

Die Einkommensteuer dümpelt auf dem Niveau von 2003, die Grundsteuer B ist leicht rückläufig.

Die Schulden steigen pro Jahr bis 2011 um jeweils 4 Mio. € pro Jahr.

Und Sie, Herr BM, haben nur eine Antwort auf diese dynamische, dramatische Talfahrt unserer Stadt – sie erhöhen mit Ihrer CDU-Mehrheit den Überziehungskredit der Stadt von 15.000.000 € auf 22.000.000 €.

Damit haben Sie aber nur eines erreicht: Sie können auch in den nächsten Jahren ungehindert in die falsche Richtung investieren.

Sie handeln damit wie ein Privatmann, der hoch verschuldet ist, nicht weiß, wie er über die Runden kommen soll und der trotzdem den Dispo-Kredit seine Girokontos erhöhen lässt, damit er sich einen neuen Mercedes kaufen kann.

Herr BM, weil das Erhöhen des Überziehungskredites viel einfacher ist als zu sparen bzw. über neue Einnahmequellen nachzudenken, hat die SPD-Fraktion auch entschieden „Nein“ dazu gesagt.

Haben Sie mal gerechnet, was bei der sich von Ihnen zu verantwortenden Entwicklung im Jahr 2020 raus kommt?

Bei einer jährlichen Neuverschuldung von durchschnittlich 3.000.000 € werden wir dann ca. 90.000.000 € Schulden haben und alles verfügbare Geld in die Tilgung dieses Berges stecken müssen.

Leider wird jedoch das ganze Ausmaß des Strukturproblems unserer Stadt von Ihnen in der CDU und Ihrem BM immer noch nicht erkannt.

Sie suchen immer noch nach Ausflüchten und Argumenten, die Schuld für die Schwierigkeiten Waldbröls bei Anderen zu suchen. Da fallen Ihnen immer wieder die Schulen oder auch die Kreisumlage ein. Aber diese und ähnliche Belastungen werden von gut geführten Kommunen geschultert.

Die Gründung von Stadtwerken, die kommunale Energieerzeugung und –versorgung auf eigene Rechnung und der damit verbundene Aufbau von erheblichen Einnahmepositionen wird von Ihnen seit Jahren blockiert.

Wir fragen uns immer wieder, warum!?

RWE und Aggerenergie machen im Stadtgebiet Waldbröl einen geschätzten Umsatz von ca. 20.000.000 € pro Jahr und verdienen daraus die Millionen, die uns in unserem Haushalt fehlen.

Können Sie sich vorstellen, welche Summen an Gewerbe-, Gewerbekapital- und Einkommensteuer in die Kassen Stadt fließen würden, wenn diese Geldströme in der Kommune blieben?

Viele Andere Kommunen leben gut von diesen Effekten.

Energieversorgung war und ist Daseinsvorsorge und gehört in kommunale Verantwortung – und die Gewinne daraus gehören auch in die Kommune. Sie gehören, genossenschaftlich verteilt, den Gebührenzahlern!

Politik muss sich dafür uneingeschränkt einsetzen und deshalb wollten wir erneut ein Signal setzen mit dem Verkauf der Anteile an der Aggerenergie. Diesen Antrag haben Sie leider wieder abgelehnt.

Trotzdem fordert die SPD-Waldbröl die Trennung von Politik und privater Energiewirtschaft.

Politik hat für die kommunale Energieversorgung zu kämpfen, deren Gewinne an die Allgemeinheit zurück gegeben werden. Sie dürfen nicht in den Taschen einiger weniger Aktionäre verschwinden.

Energiekosten und Umweltbelastung sind eng verzahnt. Die Stadt Waldbröl steht mit ihren Gebäuden in der Verantwortung und die Politik muss mit vorbildlichen Ansätzen voran gehen.

Deshalb haben wir auch in diesem Jahr wieder für ein kommunales Gebäudemanagement geworben.

Dazu gehört auch die Überprüfung aller städtischen Gebäude in Bezug auf ihre Notwendigkeit und die Nebenkosten, die entstehen.

Um einen wesentlichen Beitrag zur Energiekostenreduzierung zu leisten, müssen alle Gebäude auf den Prüfstand.

Da es seit Jahren ausgereifte Verfahren gibt, die in modernen Bürogebäuden bis zu 90 % der herkömmlichen Energiekosten einsparen, haben wir den Antrag gestellt, 50.000 € für die Planung eines solchen Gebäudes am Alsberg einzustellen.

Wir wollen nach wie vor einen Rathausneubau auf eigenem Grund, der die Arbeitsabläufe optimiert, die laufenden Kosten minimiert und die Umwelt so wenig wie eben möglich belastet.

Wenn man bedenkt, dass wir mit einem solchen Gebäude für viele Jahrzehnte viel Geld und Emissionen einsparen können, dürfen wir keine Zeit verlieren.

Dass dieser Antrag bis auf den Standort mitgetragen wurde, freut uns.

Zum Stellenplan ist – wie in den vergangenen Jahren immer wieder – nicht viel zu sagen.

Er sagt nichts aus. Er weist lediglich die vorhandenen Stellen aus.

Er gibt keine Antwort auf unsere Kritik an seiner Kopflastigkeit, die ja auch aktuell von der Landesprüfungsanstalt kritisiert wurde.

Es gibt keine Ziele, kein Personalentwicklungskonzept.

Als eine Kommune mit erheblichen finanz- und Strukturproblemen, leisten wir uns zum zweiten Mal die Besetzung der Beigeordnetenstelle mit einer juristische Fachkraft. Ich kenne keine Kommune in unserer Größenordnung, die sich einen Juristen leistet.

Firmen, die vor der Pleite stehen, brauchen keinen Juristen, der die ins Haus flatternden Mahnbescheide prüft. Sie brauchen einen erfahrenen Mitarbeiter, der den Umsatz ankurbelt und den drohenden Bankrott verhindert. Deshalb hätten wir dringend einen Betriebswirtschaftler gebraucht – und das schon vor drei Jahren.

Diese erneute Fehlentscheidung der CDU fällt in die Kategorie der parteipolitischen Selbstbedienung und ist nicht geprägt von der Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt Waldbröl.

Es besteht außerdem weiterhin die alte Ämterstruktur, zu viele Häuptlinge, zu wenige Indianer.

Es ist immer das Gleiche: So lange keine klaren Sachkonzepte vorhanden sind, so lange braucht man auch keine konsequente Personalpolitik!

Wenn ich in einem Unternehmen nicht weiß, was ich in Zukunft produzieren möchte, kann ich auch keine entsprechenden Fachkräfte heran führen.

Wenn wir wüssten, dass wir die Verwaltung zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen entwickeln wollten, dass auch die Energieversorgung übernehmen wird, könnten wir ein Personalentwicklungskonzept darauf abstimmen.

So aber bleibt nur ein einfaches „Weiter so!“ ohne zu wissen, wohin der Weg führt.

Wir vermuten, in die hoffnungslose Verschuldung.

Da wir weder im Haushaltsplanentwurf noch im Stellenplan auch nur Ansatz weise Schritte in die richtige Richtung erkennen können, lehnt die SPD-Fraktion Beide ab.

Abschließend möchte ich es noch ein Mal deutlich machen:

In der Verantwortung vor unseren Kindern und Enkeln fordern wir die Beendigung der jährlichen Neuverschuldung und die nachhaltige Zurückführung unserer Verschuldung.

Dazu sind wir verpflichtet. Und dazu müssen wir Wege gehen, die andere Kommunen schon längst beschritten haben.

Ein berühmter Amerikaner hat ein Mal gesagt: „Wenn du es dir vorstellen kannst, kannst du es auch machen!“

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!